STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (25/FiP/2015)

am 20.04.2015

im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 02.03.2015
1299/2015/1.1
7. Übertragung des Baubetriebshofes an die Stadtentwässerung;
Aufbau von Eigenkapital und Liquiditätssicherung
1317/2015/1.1
8. Haushaltssicherungskonzept 2014;
aktueller Umsetzungsstand
1331/2015/1.1
9. Dringlichkeitsanträge
10. Anfragen
11. Wünsche und Anregungen
12. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Er stellt fest, dass Ratsherr Glumm (CDU) nicht anwesend ist und auch nicht vertreten wird.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die mit Schreiben vom 09.04.2015 bekannt gegebene Tagesordnung wird vom Finanz- und Personalausschuss einstimmig festgestellt.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Eilentscheidungen sind nicht bekannt zu geben.

zu 5 Bekanntgaben

Keine

**zu 6 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 02.03.2015
1299/2015/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt über die Genehmigung des Protokolls.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) spricht auf Seite 11 des Protokolls seinen Wortbeitrag an, wonach er sich eine Übersicht gewünscht habe, die Auskunft über den Zuschussbedarf je städtischen Kindergartenplatz gibt. Leider liege ihm bis heute diese Übersicht nicht vor.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass sie klären werde, ob diese Angelegenheit beim Fachdienst 2.2 bekannt sei.

Der Vorsitzende bittet, die angefragte Übersicht zur nächsten Fachausschusssitzung vorzulegen.

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	5
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	3

**zu 7 Übertragung des Baubetriebshofes an die Stadtentwässerung;
Aufbau von Eigenkapital und Liquiditätssicherung
1317/2015/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Bereits in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 02.03.2015 wurde die erfolgte Übertragung des Baubetriebshofes an die Stadtentwässerung unter dem Tagesordnungspunkt 10 beraten.

In dieser Sitzung wurde folgender Beschluss gefasst:

„Der Finanz- und Personalausschuss beauftragt die Verwaltung, die Vorschläge im Finanz- und Personalausschuss aufzugreifen und die Angelegenheit im Rahmen eines vollständigen Beratungslaufs „Finanz- und Personalausschuss - Verwaltungsausschuss – Rat“ erneut vorzulegen.“

Hier nochmals folgender Sachstandsbericht:

Die Übertragung des Baubetriebshofes aus dem städtischen Haushalt zum damaligen Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Norden“ (SEN), die vom Rat der Stadt Norden in seiner Sitzung am 25.09.2012 beschlossen wurde, erfolgte zum 01.01.2013. Seitdem wird dieser Eigenbetrieb unter der Organisationsbezeichnung „Technische Dienste Norden“ (TDN) geführt.

Für die Übertragung war zunächst die Ermittlung aller Vermögenswerte zum 31.12.2012 erforderlich, die über Auswertungen aus dem städtischen Haushalt vorgenommen wurde. Bei der Berechnung des Übertragungswertes blieben die liquiden Mittel unberücksichtigt, da diese nicht ohne weiteres ermittelt werden konnten.

Das Anlagevermögen mit Vorräten wurde in Höhe der aktuellen Buchwerte mit 754.128,68 € einbezogen. Noch offene Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verblieben mit 64.646,14 € im Kernhaushalt. Auf der Aktivseite war abschließend nur noch ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten von 11.781 € zu berücksichtigen.

Auf der Passivseite der Bilanz waren keine Kredite mehr zu übertragen. Die letzte Tilgung war im Haushaltsjahr 2010 zu tätigen. Noch offene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verblieben mit 130.507,49 € im Kernhaushalt. Somit gab es im Bereich der Schulden keine zu übertragenden Vermögenswerte. Bei den Rückstellungen wurde der Anteil an Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern des Baubetriebshofes mit 427.876,77 € berücksichtigt. Diese betrafen Rückstellungen für Altersteilzeit, für nicht genommenen Urlaub und Überstunden sowie für die leistungsorientierte Bezahlung. An anderen Rückstellungen wurde die Rückstellung für die Berufsgenossenschaft mit 7.230,65 € übertragen.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich hat in seinem Bericht vom 31.10.2013 folgende gleichlautende Berechnung vorgenommen:

Aktiva	
Immaterielle Wirtschaftsgüter	6.992,84 €
Sachanlagevermögen	739.320,64 €
Vorräte	7.8915,20 €
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	11.781,00 €
Summe	765.909,68 €
Passiva	
Rückstellungen	435.107,42 €
Summe	435.107,42 €
Übertragungswert somit	330.802,26 €

Das Rechnungsprüfungsamt hat außerhalb seines Prüfauftrages die Empfehlung ausgesprochen, dem Baubetriebshof zur Stärkung der Liquidität mit einem Eigenkapital in Höhe von 250.000 bis 300.000 € auszustatten.

Die Umsetzung dieser Empfehlung wurde vom Rat der Stadt Norden am 25.03.2014 bei der Beratung der Sitzungsvorlage 0853/2014/1.1 (TOP 13 ö.T.) einstimmig abgelehnt.

Die daraus insgesamt resultierenden Konsequenzen für den Bauhof bezüglich seiner Liquidität und die darauf abgestimmten Lösungsvorschläge werden in der folgenden Stellungnahme der „Technischen Dienste Norden“ erläutert:

Ursachen für die angespannte liquide Situation des Bauhofes Norden (BHN):

a) Kein Giro-Guthaben

Mit Rückführung des BHN in den städtischen Haushalt im Jahre 2010 wurde das vorhandene Giroguthaben des BHN in Höhe von rund 550.000 € im städtischen Haushalt vereinnahmt. Eine Rückzahlung bei der erneuten Ausgliederung in den Eigenbetrieb erfolgte nicht.

b) Zusätzlicher Aufwand für Zins- und Tilgungsleistungen

Im Gegensatz zur erstmaligen Ausgliederung des BHN aus dem städtischen Haushalt, als die Übertragung des Anlagevermögens unentgeltlich erfolgte und aus dem städtischen Haushalt hohe Investitionszuschüsse für den Bau der zentralen Betriebsstätte geleistet wurden, musste der Eigenbetrieb sämtliche Anlagen zum aktuellen Buchwert von insgesamt 750.000 € kaufen. Insgesamt wurde der städtische Haushalt zu Lasten des BHN somit um insgesamt rund 1,3 Millionen € entlastet (der BHN hat dadurch einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt geleistet).

Da der BHN über keine liquiden Mittel verfügt, musste zunächst eine verzinste Anleihe von der SEN für den Kauf der Anlagen verwendet werden. Da die SEN die Mittel voraussichtlich ab 2016 selbst benötigt, muss der BHN dann einen Kredit am Markt aufnehmen.

c) Keine Stammkapital-Einlage

Die vom RPA empfohlene und von der Stadtverwaltung befürwortete Stammkapital-Einlage in Höhe von 250.000 € wurde vom Rat der Stadt Norden einstimmig abgelehnt. Als eigenständiger Betrieb wäre der BHN aufgrund zu geringen Eigenkapitals wahrscheinlich nicht kreditwürdig und insolvent.

Lösungsvorschläge:

a) Überschuss

Um dem BHN die Tilgung des Kredites trotz dieser Rahmenbedingungen zu ermöglichen, muss er einen jährlichen Überschuss von etwa 50.000 € erwirtschaften, der im Rahmen des jährlichen Gewinnverwendungsbeschlusses durch den Rat der Stadt Norden dem Eigenkapital zugeführt wird. Die daraus erzielte Liquidität wird zur Tilgung des Kredites verwendet.

b) Auftragsvolumen

Aufgrund eines Personalkostenanteils von rund 70% an den Gesamtkosten und einem hohen Fixkostenanteil (Abschreibungen, Zinsen) besteht kaum Einsparpotential beim BHN. Ein Rückgang des Auftragsvolumens der Stadt Norden kann somit nur durch Einsparungen bei den Personalkosten den BHN aufgefangen werden.

Abgesehen von einem nochmals reduzierten Pflegestandard und einem Rückgang der Beschäftigung beim BHN hätte dies auch zur Folge, dass die Fixkosten mit immer weniger produktiven Stunden der BHN-Belegschaft erwirtschaftet werden können. Dies würde tendenziell steigende Stundensätze und eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit des BHN bedeuten und eine Erzielung des o.a. Überschusses gefährden.

Das vorgesehene mögliche Auftragsvolumen für den BHN im Haushaltsplanentwurf 2015 der Stadt Norden lässt die Erzielung eines Überschusses in o.a. Höhe zu. Dies ist auch in den Folgejahren erforderlich, damit der unter a) genannte Lösungsvorschlag erreicht werden kann.

Um dem Baubetriebshof einen Eigenkapitalaufbau sowie eine Liquiditätssicherung zu ermöglichen, einigte sich der Ausschuss nach kurzer Diskussion einstimmig auf umstehende Beschlussempfehlung.

Fachdienstleiter Wiards erläutert die Sach- und Rechtslage. Fachbereichsleiter Harms ergänzt, dass diese Angelegenheit mit dem Leiter TDN abgestimmt sei.

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt:

Der Baubetriebshof darf im nächsten Jahr Überschüsse von bis zu 50.000 Euro erwirtschaften und damit in seinem Bereich Eigenkapital aufbauen. Sollte vorübergehend zusätzliche Liquidität erforderlich werden, muss der städtische Haushalt dafür eintreten.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 8 **Haushaltssicherungskonzept 2014; aktueller Umsetzungsstand 1331/2015/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 09.03.2015 die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan einschließlich Anlagen für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen. Da die Haushaltssatzung 2015 mit einem Fehlbedarf abschließt und kein Haushaltssicherungskonzept vorliegt, erging zusätzlich folgender Beschluss:

„Beginnend in der nächsten FiP-Sitzung am 20.04.2015 ist über den Sachstand der beschlossenen Haushaltssicherungsmaßnahmen zu beraten, sind ggf. notwendige Entscheidungen zur Umsetzung von Maßnahmen auf den Weg zu bringen und weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu erarbeiten. Ziel ist es, den mit dem Haushalt 2015 beschlossenen Kreditbedarf im Finanz-

haushalt und das Defizit im Ergebnishaushalt noch im Laufe des Haushaltsjahres 2015 zu reduzieren.“

Als Grundlage für die Beratung ist dieser Sitzungsvorlage der Bericht über die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2014 (aktueller Stand) beigefügt.

Fachdienstleiter Wiards erläutert den aktuellen Umsetzungsstand der Konsolidierungsmaßnahmen. Verwaltung und Politik müssten sich auf weitere Termine zur Erarbeitung einer Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes verständigen. Es müsse davon ausgegangen werden, dass eine Haushaltsgenehmigung nicht ohne Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes erteilt werde.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) fragt, warum die Konsolidierungsmaßnahmen V-45 und V-49 noch nicht abgeschlossen seien.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass aufgrund erheblicher Fehlzeiten im Bereich Organisation im Jahre 2014 Arbeitsrückstände entstanden seien, die bis heute nicht aufgefangen werden konnten. Die erforderliche Änderung der entsprechenden Gebührentarife der Verwaltungskostensatzung konnte daher nicht vorgenommen werden. Im Juni werde eine Nachwuchskraft u.a. mit der Aufarbeitung beauftragt. Er weist darauf hin, dass der Sitzungsdienst im Bereich „Verwaltungsausschuss/Rat“ zuletzt kräftig zugenommen habe.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) spricht die Konsolidierungsmaßnahme „V-11- Verzicht auf den Zuschuss an den Verein Städtepartnerschaft Bradford on Avon – Norden“ an, wonach der Verwaltungsausschuss beschlossen hat, den Beschluss des Rates hierzu nicht umzusetzen. Er fragt, ob dies rechtlich zulässig sei.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass das Konsolidierungspaket des Rates durch einzelne Beschlüsse umgesetzt werden müsse. Zuständig sei zum Teil, wie in diesem Fall, der Verwaltungsausschuss. Der Rat habe die Möglichkeit, die Sache an sich zu ziehen.

Die Bürgermeisterin ergänzt, dass sie Herrn Scheepker vom Verein Städtepartnerschaft Bradford on Avon-Norden informiert habe, dass der Verein im Jahr 2015 mit einem Zuschuss nicht rechnen könne.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Lütkehus (ZoB) zum Sachstand zur Konsolidierungsmaßnahme „V-93 – Realisierung marktüblicher Mieteinnahmen für das Gebäude „Riedel““ erklärt Bürgermeisterin Schlag, dass aus dieser Fläche eine innerstädtische Parkfläche gemacht werden sollte. Weil der geplante Parkplatz in der Nähe von Wohnbebauung liege, müsse noch ein Schallschutzgutachten erstellt werden.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) spricht die Konsolidierungsmaßnahmen V-121 und V-129 an und bittet um eine Sachstandsmitteilung. Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass die Verwaltung bei den Wirtschaftsbetrieben nachfragen werde.

Ratsherr Wäcken (SPD) möchte wissen, wie sich die Verwaltung die Konsolidierungsmaßnahme „V-105 – Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung“, hier insbesondere eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf den Parkplatz Nazareth, rechtlich vorstelle.

Die Bürgermeisterin antwortet, dass diese Frage in der nächsten Bauausschusssitzung am 21.05.2015, wo es u.a. um die Parkraumbewirtschaftung in Norden gehen werde, gestellt werden sollte. Sie bittet darum, diese Frage dem Fachbereich 3 zwecks einer entsprechenden Aufbereitung für die vorgenannte Fachausschusssitzung zuzuleiten.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von dem aktuellen Umsetzungsstand Kenntnis.

zu 9 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 10 Anfragen

Keine

zu 11 Wünsche und Anregungen

Keine

zu 12 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt um 17.32 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

-Wimberg-

-Schlag-

-Wilberts-